



Wolfgang Lemb

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

1. Mai: Die Arbeit der Zukunft gestalten wir

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2015 in Minden

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der 1. Mai ist **unser** Tag der Arbeit. Wir stehen heute in Solidarität für die Rechte der arbeitenden Menschen ein.

Hier in Minden, hier in Europa und seit 125 Jahren weltweit.

Vor 125 Jahren, am 1. Mai 1890, versammelten sich Arbeiterinnen und Arbeiter zum ersten Mal, um **international** für den Acht-Stunden-Tag zu kämpfen.

In diesen 125 Jahren konnten wir viele hart umkämpfte Errungenschaften durchsetzen. Dazu gehört, dass wir hier heute demonstrieren können, ohne verfolgt zu werden. Dazu gehört, dass der Betrieb kein demokratiefreier Raum mehr ist.

Und dazu gehört: Wir haben Deutschland vor der größten Krise bewahrt. Mit den Instrumenten der Mitbestimmung und auf Basis unserer gewerkschaftlichen Gestaltungsmacht. Deshalb unser Anspruch für den wir heute unter dem Motto demonstrieren: „**Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!**“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in unsere positive Bilanz des letzten Jahres gehört zu allererst der Mindestlohn.

Dies ist eine historische Reform!

Dies ist ein Erfolg für den DGB, seine Gewerkschaften, für uns alle!

Die Arbeitgeber blasen inzwischen zum Generalangriff gegen den Mindestlohn. Sie haben auf Kampfmodus umgeschaltet.

Sie wollen sich nicht an Recht und Gesetz halten.

Deshalb nennen sie den Mindestlohn ein Bürokratiemonster.

Da müssen wir dran bleiben – damit am Ende gilt:

Kein Lohn unter 8,50 in der Stunde!

Wir haben Verbesserungen bei der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen durchgesetzt. **Das** sichert ein faires Einkommen. Und **das** verbessert für viele auch die Renten.

Und, das dürfen wir auch nicht vergessen: Besser als jeder Mindestlohn sind unsere Tarifverträge.

Wir haben in der diesjährigen Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie erneut ein deutliches Plus erreicht. Wir haben die Altersteilzeit neu geregelt und einen Einstieg in eine Bildungsteilzeit durchgesetzt.

Gute Tarifverträge gibt es aber nur mit starken Gewerkschaften in den Betrieben. Da müssen alle mitmachen und wir müssen noch mehr werden. Denn nur so können wir die Arbeit der Zukunft gestalten, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auch in der Rentenpolitik haben wir Erfolge erreicht. Es ist gut, wenn die Älteren heute mit 63 raus können, denn es ist nur anständig und gerecht, wenn nach 45 Jahren harter Arbeit die Rente ohne Abschläge ausgezahlt wird!

Und wir werden auch weiter dafür kämpfen, dass die gesetzliche Rente wieder zu dem wird, was sie einmal war: Ein *solidarischer, auskömmlicher und sicherer Lohn für eine Lebensleistung in Arbeit*. Und dafür brauchen wir keine Rente erst mit 67, sondern Konzepte gegen Altersarmut.

Die private Vorsorge – egal wie sie sich schimpft – ist nicht die Lösung. Private Vorsorge ist nicht nur unsozial, sondern auch noch unsicher und unrentabel. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass wir endlich eine zukunftsfeste, solidarische Erwerbstätigenversicherung für alle einführen. Damit der Lebensstandard im Alter steigt und nicht die Renditeerwartungen der privaten Versicherungswirtschaft!

Kolleginnen und Kollegen,
in den ersten eineinhalb Jahren der neuen Bundesregierung ist es uns gelungen, viele unserer Kernanliegen auf den Weg zu bringen.
Aber: Es gibt noch viele ungelöste Baustellen.
Der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen muss beendet werden.

Wir wollen und wir brauchen mehr Mitbestimmung! Der Investitionsstau bei der Infrastruktur, bei unseren Straßen und bei der Bildung unserer Kinder, das kann und darf nicht so weitergehen. Deshalb bringen wir uns mit beim Bündnis für Industrie ein, deshalb setzen wir uns ein für eine Investitionsoffensive.

Kolleginnen und Kollegen, der Staat spart zu viel und investiert zu wenig. Straßen und Brücken werden nicht mehr repariert, Schulen nicht saniert, Schwimmbäder geschlossen. In vielen Gemeinden wird nur noch der Mangel verwaltet. Wir brauchen deshalb mehr öffentliche und private Investitionen. In Bildung, in Forschung, in Verkehrsinfrastruktur und in energetische Sanierung und vor allem: in die Zukunft unserer Kinder!

Kolleginnen und Kollegen, in Deutschland werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer. Das reichste eine Prozent besitzt gut ein Drittel des Vermögens. Die reichsten zehn Prozent mehr als zwei Drittel. Die Zahl der Superreichen und ihr Vermögen nehmen ständig zu. Genauso wie die Armut.

Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Schande und zutiefst ungerecht! Die mittleren und unteren Einkommen finanzieren mit ihren Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen das Gemeinwesen und kurbeln mit ihrem Konsum die Wirtschaft an. Mit dem Geld der Reichen, das nicht gebraucht wird, wird dagegen hemmungslos spekuliert.

Wohin das führt, haben wir in der Finanz- und Wirtschaftskrise gesehen.

Hier sind echte Reformen mehr als überfällig: Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine wirkungsvolle Erbschaftssteuer, höhere Steuern auf Spitzeneinkommen und eine einmalige Vermögensabgabe!

Nur so erreichen wir, dass der Staat wieder das Geld zur Verfügung hat, das er dringend für Investitionen braucht!

Kolleginnen und Kollegen,
die Energiewende ist eines der wichtigsten Zukunftsprojekte Deutschlands.

Wenn die Energiewende richtig angegangen wird, sind die Investitionen gut angelegtes Geld. Dann werden sie sich auszahlen: durch stabile Energiepreise, sichere Versorgung, eine saubere Umwelt und zukunftsorientierte, grüne Arbeitsplätze. Doch grüne Arbeitsplätze sind bisher meistens schlechte Jobs. Schlecht bezahlt und ohne Betriebsrat. Das ist nicht unsere Vorstellung von einer Arbeit der Zukunft.

Wir kämpfen darum, dass grüne Arbeitsplätze auch gute Arbeitsplätze werden. Unternehmen haben nicht nur ökologische, sondern auch soziale Verantwortung. Dazu gehört auch die Partizipation und Mitbestimmung der Beschäftigten. Und die Arbeitsplätze in den klassischen und energieintensiven Branchen müssen zukunftsfähig bleiben.

Nur wenn die Energiewende gelingt, können wir einen entscheidenden Beitrag zum weltweiten Klimaschutz leisten! Und die notwendigen Investitionen dazu gibt es nicht zum Nulltarif.

Kolleginnen und Kollegen,

Unsere Arbeitswelt verändert sich rasant. Wir stehen vor großen Umbrüchen, ich sage nur Industrie 4.0. Ob daraus mehr Risiken oder mehr Chancen folgen, weiß heute keiner genau.

Wir wollen die anstehenden Umbrüche für den Menschen gestalten und neue Spielräume und Chancen gewinnen. Für gute Arbeit oder die bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Beruf.

Kolleginnen und Kollegen,

es ist und bleibt eine Schande: Frauen verdienen in Deutschland im Durchschnitt 22 Prozent weniger als Männer. In keinem anderen Land ist die Entgeltlücke so groß. Doch wo Tarifverträge gelten und wo Betriebs- und Personalräte mitbestimmen, verringert sich die Entgeltlücke.

Und: Wir wollen faire Aufstiegschancen ebenso wie ein Recht auf Teilzeit und Rückkehr.

Wir müssen über den Wert von Arbeit in den Berufen reden, in denen meist Frauen arbeiten. Ich sage das ausdrücklich als Vertreter eine großen Industriegewerkschaft: Es kann doch nicht angehen, dass die Arbeit am und für den Menschen so viel weniger Wert ist, als die Arbeit an Maschinen!

Deshalb ist der Streik der Erzieherinnen und Erzieher so wichtig!

Wir sind mit unseren Schwestergewerkschaften solidarisch in diesem Kampf, den sie für uns alle führen. Dasselbe gilt für das Pflegepersonal in den Kliniken und Altenbetreuungseinrichtungen. Überall in diesen Bereichen ist die Arbeit „weiblich“ – und viel zu schlecht bezahlt für die große Leistung dieser Kolleginnen!

Damit Frauen sich beruflich engagieren können, brauchen wir außerdem eine gute Infrastruktur für Kinder und Pflegebedürftige. Das gilt natürlich auch für Männer, Kolleginnen und Kollegen! Wir fordern endlich eine umfassende Gleichstellung! Da ist es mit der Quotierung von Aufsichtsratsmandaten nicht getan.

Außerdem: In keinem Land der EU ist der Unterschied zwischen der tatsächlichen und der gewünschten Arbeitszeit so groß wie in Deutschland. Das muss sich ändern!

Wir fordern, dass Beschäftigte die Arbeitszeit an ihre Wünsche anpassen können. Wir brauchen Arbeitszeiten, die sich der aktuellen Lebenssituation anpassen. Und wir wollen die Debatte über Umfang und Gestaltung von Arbeitszeiten vorantreiben. Frauen und Männer müssen sich Erwerbstätigkeit und Familienleben partnerschaftlich teilen können!

Kolleginnen und Kollegen,

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Die meisten Zuwanderinnen und Zuwanderer kommen aus der Europäischen Union und nehmen ihr Recht auf Freizügigkeit in Anspruch. Sie kommen aus Südeuropa – wegen der Krise. Und aus Mittel- und Osteuropa - weil sie der Perspektivlosigkeit dort entfliehen wollen. Viele dieser grenzüberschreitend Mobilen werden systematisch ausgepresst und um ihre Rechte gebracht. Von Schleppern, Vermittlern, Vermietern und Betrieben - in den Herkunftsländern und in Deutschland.

Sie wollen für ihre Familien sorgen und ihr Leben verbessern und werden deshalb Opfer. Deshalb brauchen sie unsere Unterstützung.

Kolleginnen und Kollegen, wir sind mit euch solidarisch!

Für uns gilt: Wer in Deutschland leben darf, muss arbeiten und seinen Lebensunterhalt verdienen können.

Unter fairen Bedingungen: Mit gleichem Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort!

Kolleginnen und Kollegen,

in Deutschland müssen alle sicher und ohne Angst leben können.

Dies gehört zu den Fundamenten unseres Landes. Das ist Bestandteil unserer abendländische Kultur und eine Lehre aus unserer eigenen Vergangenheit.

Doch Flüchtlinge werden in Deutschland in den letzten Monaten immer mehr eingeschüchtert und bedroht.

Weltweit gibt es mehr als 50 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene.

170 000 sind im letzten Jahr zu uns gekommen, um Schutz zu suchen.

Viele von ihnen stammen aus Syrien, dem Land, in dem der selbsternannte Islamische Staat Angst und Schrecken verbreitet. Viele tausend verlieren schon auf dem Weg nach Europa ihr Leben.

Wir stehen ohne wenn und aber zu unserer menschenrechtlichen Verpflichtung, Verfolgten Asyl zu gewähren! Und wir akzeptieren, wenn Tausende im Mittelmeer eraufen, weil Europa nicht zu einer zielgerichteten Flüchtlingspolitik fähig ist.

Kolleginnen und Kollegen,

wo Menschenrechte verachtet werden, stehen wir auf. Gerade am 1. Mai!

Für eine weltoffene, demokratische und bunte Gesellschaft.

Doch europaweit und in Deutschland nimmt der Rechtspopulismus zu. Egal ob AfD, ProNRW, Pegida oder Hooligans – alle fischen im gleichen trüben Wasser.

Dagegen sind wir in den letzten Monaten bundesweit aktiv gewesen.

Ob in Leipzig, Köln, Düsseldorf oder hier in Westfalen: Überall ist es uns durch große Anstrengungen vor Ort gelungen, auf breiter Front öffentlich gegenzuhalten.

Dafür möchte ich allen, die sich beteiligt haben, ganz besonders herzlich danken.

Auch in Zukunft werden wir eindeutig Stellung beziehen:

Wir wehren uns gegen Rechtsextremismus und Nationalismus, gegen Rassismus und Intoleranz. **Wir** verteidigen die Grundwerte des sogenannten Abendlandes.

Nicht gegen die angebliche Islamisierung, sondern gegen die Fundamentalisten und Hassprediger im eigenen Land. Wir wollen eine demokratische, freie, soziale und gerechte Gesellschaft. Aus der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts haben wir gelernt. Nicht gegeneinander, nur miteinander kann Europa seine Probleme lösen! Kolleginnen und Kollegen, wir sind alle Europäer!

Aber wie sieht dieses Europa heute aus? Aus der Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa ist längst eine soziale Krise geworden.

Auf Druck der „Institutionen“: der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank sowie des Internationalen Währungsfonds und auch auf Druck Deutschlands werden europaweit marktradikale sogenannte Reformen diktiert.

Löhne und Arbeitnehmerrechte wurden gekappt. Arme und hilfsbedürftige Menschen alleingelassen. Kaufkraft und lokale Märkte zerstört. Europa ist in Gefahr, in eine wirtschaftliche und soziale Abwärtsspirale zu geraten. Die bisherige Anti-Krisen-Politik, die Schäuble und andere für so erfolgreich halten, hat versagt!

Kolleginnen und Kollegen,

ein „Weiter so“ darf es deshalb nicht geben!

Mit der bisherigen falschen Krisenpolitik kommt Europa nicht aus der Krise.

Europa braucht einen Kurswechsel! Und das nicht irgendwann, sondern jetzt!

Dazu gehört eine dringend notwendige Investitionsoffensive in Europa.

Jetzt endlich hat die EU-Kommission einen Plan für ein Investitionsprogramm vorgelegt.

Doch der sogenannte „Juncker-Plan“ verfügt über zu wenig Kapital und ist zu kompliziert. Es hilft den sogenannten Krisenstaaten nicht, weil sie Projekte nicht kofinanzieren dürfen.

Die als Initialzündung gedachten 21 Milliarden Euro müssen deutlich aufgestockt werden. Das ist realistisch und möglich: Wir fordern eine einmalige, europaweit auf besonders große Vermögen erhobene „Investitionsförderungsabgabe“. Sie würde 100 Milliarden Euro für die notwendigen Investitionen bringen. So kann Europa aus der Krise herauswachsen!

Privates Geld ist genug da. Gegenwärtig gibt es in Europa über 30 Billionen Euro privates Netto-Anlagevermögen. Die Politik muss erreichen, dass dieses Geld vom Finanz- und Spekulationsmarkt in die reale Wirtschaft fließt!

Mit den Rettungspaketen hat der europäische Steuerzahler nicht die Menschen in Europa, sondern vor allem die Banken und die Anleger gerettet.

Die Reichen haben bislang durch Spekulation viel zur Entstehung, aber wenig zur Bewältigung der Krise beigetragen.

Es muss endlich Schluss damit sein, dass die Reichen sich einen schlanken Fuß machen, wir aber die Zeche zahlen. Wir wollen kein Europa des Kapitals!

Wir wollen ein soziales Europa, ein demokratisches Europa, ein Europa der Solidarität!

Kolleginnen und Kollegen,

Solidarität brauchen vor allem die Menschen im Süden Europas.

Auf Druck der Institutionen hat Griechenland massiv gespart.

Das hat das Land in eine tiefe soziale Krise gestürzt.

Tarifverträge wurden eingeschränkt oder abgeschafft.

Freie Tarifverhandlungen und Mindestlohnbestimmungen wurden begrenzt.

27 Prozent sind arbeitslos. Unter den Jugendlichen sind es 57 Prozent.

Mehr als 800.000 Menschen haben keine Krankenversicherung mehr.

Die Europäische Union muss ihren Kurs gegenüber Griechenland ändern.

Griechenland braucht keine neuen Spardiktate, sondern eine europäische Investitionsoffensive, damit es wieder auf die Beine kommt.

Das geht aber nur mit Verhandlungen auf Augenhöhe.

Nicht nur Europa steht in der Verantwortung für Griechenland, sondern auch die griechische Regierung für Europa.

Griechenland nach der Wahl – das ist keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa, liebe Kolleginnen und Kollegen!

In diesem Sinne fordere ich Euch auf: Unterstützt den Aufruf der Gewerkschaften zur Solidarität mit Griechenland im Internet. Geben wir der Syriza-Regierung die Chance, die sie verdient – es ist auch *unsere* Chance für einen Kurswechsel in Europa!

Wir fordern deshalb: Die EU muss wieder zum Motor für sozialen Fortschritt werden. Wir brauchen gute und sichere Arbeit, Jugendbeschäftigung und Abbau von Diskriminierungen!

Kolleginnen und Kollegen,
das geplante Handelsabkommen TTIP wird uns wenige Vorteile und viele Nachteile bringen. Es wird – wenn überhaupt - nur ein jährliches Mini-Wachstum von 0,04 Prozent erzeugen.

Nichts gegen gleiche Farben bei den Blinkern an den Autos in den USA und bei uns! Aber bei TTIP geht es um die Verschärfung des Wettbewerbs auf beiden Seiten des Atlantiks. Sicherheit, Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitnehmerschutz kommen dabei unter die Räder.

So weigern sich die USA bis heute, grundlegende Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation anzuerkennen.

Kolleginnen und Kollegen,
hier geht es nicht um irgendein Kleingedrucktes. Hier geht es um elementare Arbeitnehmer- und Menschenrechte. Darum, dass wir uns zu Gewerkschaften zusammenschließen können. Es kann nicht angehen, dass wir im Jahr 2015 ernsthaft über solche grundlegenden Rechte diskutieren müssen!

Und es geht noch weiter: Die Sonderklagerechte für ausländische Investoren gegenüber den Staaten hebeln die Demokratie aus.

Ausländische Firmen können damit vor privaten Schiedsgerichten gegen Staaten in Europa klagen. Dazu reicht aus, dass der Rubel (oder vielmehr der Dollar) nicht so rollt wie gedacht, weil Gesundheits- oder Umweltschutz im Weg stehen.

Dazu sagen wir entschieden Nein!

Wenn die USA und die EU an einem Tisch sitzen und über Handel sprechen, sollten sie deshalb lieber über fairen Welthandel reden.

Denn wir wollen, dass die Vorteile des Welthandels wirklich gerecht verteilt werden!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir fordern Gute Arbeit. Nicht nur bei uns, sondern weltweit.

Vor wenigen Tagen, am 24. April, hat sich die Brand-Katastrophe von Bangladesch zum zweiten Mal gejëhrt. Über 2000 Menschen sind beim Einsturz des achtgeschossigen Fabrikgebäudes ums Leben gekommen. Über 3000 wurden schwer verletzt. Die Opfer warten immer noch auf Entschädigung.

Denn viele – auch deutsche - Firmen drücken sich, genügend in den Opferfonds einzuzahlen

Vieles, was wir hier bei uns täglich kaufen und verwenden, wird unter menschenunwürdigen Zuständen hergestellt. Weltweit wird zugeliefert und produziert. Gesteuert wird auch aus Zentralen in Deutschland.

Bangladesch, Vietnam, Katar oder China liegen nur noch um die Ecke.

Wir brauchen deshalb Verbesserungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weltweit. Internationale Standards, wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation, müssen eingehalten werden.

Arbeitsschutz, Menschen- und Gewerkschaftsrechte werden nicht nur in den Schwellen- und Entwicklungsländern mißachtet. Die Kernarbeitsnormen der ILO sind noch längst nicht von allen Staaten ratifiziert, geschweige denn umgesetzt, Kolleginnen und Kollegen.

Das gilt auch für die USA. Und es ist für uns ein Problem, wenn deutsche Firmen dort ohne Tarifvertrag und ohne Mitbestimmung der Beschäftigten produzieren.

Um Arbeitsplätze und Arbeitsstandards in Deutschland langfristig zu sichern, müssen wir dem Unterbietungswettbewerb gemeinsam mit unseren Schwestergewerkschaften im Ausland begegnen. Wie wichtig das ist, zeigt sich zum Beispiel an der Verlagerung der Sprinter-Produktion von Mercedes aus Düsseldorf nach USA.

Wir organisieren das ab heute in einer transnationalen Partnerschaftsinitiative. Gemeinsam mit unseren Partnern in den USA und in Ungarn. Auch dort unterstützen wir in einem Pilotprojekt ganz konkret die gewerkschaftliche Organisation an den Standorten großer deutscher Automobilbetriebe.

Denn das Kapital agiert schon längst global und spielt im internationalen Standortwettbewerb die Arbeiter gegeneinander aus. Damit wollen wir Schluss machen, Kolleginnen und Kollegen!

Gegen die globale Macht der Konzerne organisieren wir globale gewerkschaftliche Gegenmacht. Unsere Kraft ist ein internationales *Netzwerk der Solidarität*. Gewerkschafter, Betriebsräte und Vertrauensleute arbeiten zusammen. Nicht allein am 1. Mai, sondern jeden Tag im Betrieb – über die Grenzen hinweg.

Damit schlägt die IG Metall ein neues Kapitel in der Gewerkschaftsgeschichte auf. Wir erinnern uns: Zum Gedenken an die Opfer eines Massakers an streikenden Arbeitern in Chicago rief der Gründungskongress der zweiten Internationale den 1. Mai als „Kampftag der Arbeiterbewegung“ aus.

Heute, nach 125 Jahren, nehmen wir einen neuen Anlauf und sagen: Es ist nicht erledigt und vorbei. Wir wollen weiter dafür kämpfen, dass *der arbeitende Mensch nicht wie ein Stück Vieh leben muss* – so wie es unsere amerikanischen Kolleginnen und Kollegen schon damals so treffend formuliert haben!

Kolleginnen und Kollegen,
wir setzen uns weltweit für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein. Gestern, heute und morgen. Der Mensch muss im Mittelpunkt des Wirtschaftens stehen. Lasst uns zusammen streiten, damit wir unser Ziel erreichen:
„Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!“ – Glück auf!